

# Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst 1 1/2 Mark, mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 2 1/2 Mark. Zusätzl. der Post bezogen vierteljährlich M. 7.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 8.—. Erscheint tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertats werden die Geldestellen Petitione mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinskonzigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 52.

Dresden, Mittwoch den 5. März 1913.

24. Jahrg.

Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist eine neue Polenparlage zugesprochen.

Die Arbeiter im Malergewerbe wollen in dieser Woche eine allgemeine Kassenprüfung vornehmen. In Hamburg sind bereits 5000 Gehilfen ausgesperrt.

Beim Einsturz einer Eisenkonstruktion in Großbaum bei Pfaffenbrunn wurden vier Arbeiter getötet.

Beim Untergang des Torpedobootes S 178 sind 54 Menschen der Besatzung ertrunken.

Der frühere Kohlenbergmann Wilson, Mitglied des amerikanischen Kongresses, erhielt das Portefeuille des Arbeitsministeriums, das von dem neuen Präsidenten Wilson geschaffen wurde.

### Ein Jubiläum der Schmach. (Zur Dreihundertjahrfeier der Dynastie Romanow am 6. März.)

Alle Kirchenglocken im ganzen russischen Reich werden morgen die Dreihundertjahrfeier der Dynastie Romanow erklingen. Weil der junge Michael Romanow in Anbetracht seiner Jugend und Unmündigkeit von der damals allmächtigen Zarenfamilie, die in 15 Jahren sechs Zaren ernannte und entsetzte, am 6. März 1613 auf den Moskauer Thron erhoben wurde, benutzt der heutige Träger der russischen Kaiserkrone, Zar Nikolaus der Blutige, die Wiederkehr des 300. Jahrestages dieses historischen Datums zur pomphaften Verherrlichung seiner Dynastie, zur weiteren Festigung des russischen Absolutismus.

Von rein dynastisch-geschichtlichem Standpunkte aus betrachtet, hätte Nikolaus II. wahrlich keine Veranlassung, diesen Tag festlich zu begehen. Denn mit dem Romanow hat das letzte russische Herrscherhaus nur die äußeren Anzeichen ihrer unbeschränkten Macht gemeint. Der letzte Spross dieses Geschlechtes, das 150 Jahre, von Palastrevolutionen und Zarenmorden zerrissen, über Russland herrschte, Zar Peter III., wurde von seiner Gemahlin Katharina II. gestürzt und am 17. Juli 1762 in ihrem Auftrag ermordet. Die eigentliche Stammutter des heutigen Zarenhauses war Katharina II., eine geborene Prinzessin von Anhalt-Zerbst, die, Birne und Abenteuerin zugleich, die Zarenkrone an sich riß und erst die Grundtatsache für die innere und äußere Politik des modernen russischen Absolutismus. Der eigentliche Ursprung ihrer Machtverhältnisse, der in Russland streng geheim gehalten wird, wird selbst von der deutschen Univeritätswissenschaft nicht in Zweifel gezogen. So besitzte der bekannte Historiker und Geschichtswissenschaftler G. Herrmann in seiner Geschichte des russischen Staates (Hamburg 1853) auf Grund unerschütterlicher Beweismittel, daß Katharinas Nachfolger, Paul der I., der Sohn des Kammerherrn Saltykow und Katharina's war. Ueber die Kaiserin selbst schreibt derselbe Professor Herrmann: „Für sie gab es kein Vater und kein Verbrechen, das sie nicht ihrer Herrschsucht dienlich machte...“ Von ihr, die von Friedrich II. mit der Katharina von Medici verglichen wurde, nimmt die heutige russische Dynastie, die preussisch-mongolische Dynastie Saltykows, ihren Ursprung, und ihr Anfangsdatum ist nicht der 6. März 1613, sondern der 9. Juli 1762, da Katharina II., die Wälderin ihres Gatten, sich „den Gottes Gnade“ zur Kaiserin und Selbstherrscherin aller Reußen auszurufen ließ. Zarenmord und Palastrevolutionen fanden auch weiterhin an der Wiege des russischen Herrscherhauses. Katharina's Sohn, der wahnsinnige Paul I., wurde unter der nächsten Veranlassung seines Sohnes Alexander I. ermordet, und erst nach dessen von inneren Wirren begleiteter Abdankung im Dezember 1825 setzte jene Reihe der russischen Zaren ein, die die Völkerschächten Russlands seit einem Jahrhundert in ihrem blutigen Wahn halten. Diese Zarenreihe wird gleichsam geendet von Nikolaus II., in dessen Gestalt die schmachvollsten Seiten des russischen Absolutismus zur Verdröppung gelangt sind.

Man kann sich kaum eine trefflichere Illustration und zugleich eine schärfere Verhöhnung des Systems der erblichen Monarchie denken, als diesen Herrscher von Gottes und der Braute Gnade, den Bufenfreund der Pogromisten, den Beschützer der christlichen Liebe und Strafenrauber, den Protektor der Zensur und der Gefängnisbüttel. Wurde Alexander I., der als Mensch höher stand als diese aus seinem Geschlecht, von diesem System zum Vatermord getrieben, so wird Nikolaus II. an der Spitze der modernen Umgestaltung Russlands durch das selbe System zum Mörder, zum Eiddröcker an den Völkerschächten Russlands gemacht, und in dieser ihm von der Geschichte auferlegten „Mission“ gelangen alle Reime der Grausamkeit, des Menschenhaßes, alle Laster und Verbrechen zur Entfaltung, die seine Abenteurerreihe in die Seele dieses mit unbeschränkter Herrschermacht ausgerüsteten Degeneranten gelegt hat. Gerade weil die Geschichte ihn an historischen Wendepunkte Russlands zum Träger der absoluten Regierungsgewalt und damit zum „legitimen“ Vertreter aller Verbrecherten und Schandhaften gemacht, tritt er mit seiner ganzen Politik das Bild eines Mannes von dem „über den Parteien“ stehenden Monarchen mit eigenen Füßen in den Staub.

Will man jetzt, anlässlich des „Regierungsjubiläums“ des Zarenhauses das Bild seiner geschichtlichen Bedeutung

ziehen, so muß man vor allem die charakteristische Eigenart der letzten Regierung in Betracht ziehen. Hier tritt mit aller Deutlichkeit hervor, daß die nach Selbstbestimmung ringenden Völkerschächten Russlands in ihrer kulturellen Entwicklung aufgehalten, und daß die wirtschaftliche Entwicklung des ganzen Reiches gehemmt wird. Der Zarismus, als die Verdröppung der korruptesten, unfähigsten, eigennützigsten Form der Regierungsgewalt, als der Vertreter der engen Standesinteressen junkerlich-plutokratischer Sippen, hat sich in den schärfsten Gegensatz gestellt zu allen kulturellen und wirtschaftlichen Bestrebungen des 160-Millionen-Reichs. Daran ändert die äußerliche Europäisierung des Staatswesens mit ihren pseudo-konstitutionellen Einrichtungen nur sehr wenig. War der Zarismus nach der japanischen Niederlage selbst mit seinen bisherigen Bundesgenossen zerfallen, so steht er jetzt, unterstützt von Großgrundbesitz und Großkapital, ausgerüstet mit allen Machtmitteln des Militarismus, der Kirche und der Verwaltung, feindselig allen Kräften gegenüber, die den Volksstaat aufbauen, mit seinen Golgen und Kertern, mit seiner Kulturfeindschaft und Barbarei, in einem modernen Rechtsstaat verwandelt worden, in dem die treibenden Kräfte der kapitalistischen Entwicklung erst zur freien Entfaltung gelangen können.

Die energischste Vorkämpferin einer solchen Entwicklung ist die revolutionäre Arbeiterklasse Russlands, und eben deshalb richtet sich der ganze Haß des in Nikolaus II. verkörperten Regierungssystems gegen sie. Er kammert sich mit der Angst der Verweiflung an die überlebte Gewalt, er zieht aus den ihm nahestehenden Schichten Verbündete heran, er scheint keinen Eidbruch und kein Vort, um den Ansturm dieses gefährlichsten Feindes von sich abzuwenden. Er kämpft allerdings auch gegen die „Fremdstämmigen“: die Juden, die Armenier und Ukrainer. Er zertrümmert, alle seine Eide brechend, die Selbstständigkeit und die Freiheit Finnlands. Er sucht fieberhaft jeder Art Bedrohung in den Grenzarmen vorzubeugen und begünstigt deshalb die chauvinistische, nationalistische Verführung der Volksmassen. Aber seinen Hauptkampf führt er doch gegen die Arbeiterklasse, die Trägerin der russischen Revolution. Der Blutsonntag in Petersburg, die Strafexekutionen der Revolutionäre, der Staatsstreich vom 16. Juni, das Vorturteil gegen die sozialdemokratischen Dumaabgeordneten, die Zehn-tausende von Gefangenen und Verbannten, die Massenarrest der Arbeiter in den Zagajodminen sprechen eine deutliche Sprache dafür. In dieser Haltung gegen die revolutionäre Arbeiterklasse scheint der Zarismus instinktiv den Weg gefunden zu haben, den der heutige Entwicklungsgrad des westeuropäischen Kapitalismus ihm weist. Die westeuropäische Vorse war es, die den Absolutismus in England 1906 vor der Kapitulation rettete; der westeuropäische Imperialismus ist es heute, der den innerlich faulen russischen Zarismus zu einem Eckstein der Weltpolitik gemacht hat, und den russischen Volksstaat als einen Schutzwall gegen die steigende Flut der proletarischen Bewegung aufrichtet.

Dieser fundamentale Zwiespalt ist es, der in allen Ländern Westeuropas eine verschiedenartige Haltung zu der russischen Zarenfamilie hervorruft. Die herrschenden Klassen vergessen anfänglich dieser Fäuler der Romanow-Dynastie alle politischen Gegensätze zu Russland, denn die Festigung der russischen Monarchie bedeutet auch für sie einen wesentlichen Gewinn. Im schärfsten Gegensatz hierzu nehmen die Volksmassen auch zu dieser monarchischen Fäuler die feindseligste Haltung ein. Nicht nur, weil sie in dem russischen Zarismus die widerwärtigste, kulturfeindseligste Form des monarchischen Regierungssystems sehen, nicht nur, weil die mörderische innere und äußere Politik des Zarismus den schärfsten Protest herausfordert, sondern vor allem deshalb, weil der Zarismus, trotz seiner europäischen Schönheitspflasterchen, ein wichtiges Element bildet für den Aufschwung der internationalen Arbeiterbewegung und des demokratischen Fortschritts.

### Die gedämpfte Opferfreudigkeit.

Von einer großen Begeisterung für das geforderte Milliardenopfer ist in der bürgerlichen Presse verdammt wenig zu hören. Freilich mag sein Blatt, sich offen gegen den Regierungsvorschlag auszusprechen, aber man kommt von allen Seiten mit den verschiedenartigsten Einwänden und Bedenken. Die Kreuzzeitung äußert noch einmal die Besorgnis, daß die einmalige Abgabe der erste Schritt zu einer Reichsvermögenssteuer sein könne. Der Vorschlag sei in Deutschland durch die Einzelstaaten und Gemeinden schon reichlich genug belastet. Das Vorkriterblatt schreibt:

Gleichwohl ist der Gedanke einer reicheligen Vermögenssteuer durch die bekannte Entwicklung der letzten Jahre so in den Vordergrund getreten, daß der jetzt für die Landesverteidigung verlangte große Beitrag nicht wird geleistet werden können, ohne diesem Gedanken Rechnung zu tragen. Aber diese Veranlassung des Vermögens darf nicht jedes Maß und jede Grenze überschreiten, und das einmalige große Opfer, das bei Durchführung des jetzt aufgestellten Vorschlags dem Volke der größeren Vermögens einseitig auferlegt werden soll, kann naturgemäß nicht unbedacht bleiben, wenn es sich um den weiteren Ausbau der Reichsfinanzen handelt. Die Fälligkeit des Reiches kommt, wie wir schon hervorgehoben, allen Verdröppungs- und nicht zuletzt den landarbeitenden

Klassen. Deshalb scheint es uns durchaus am Platze, schon jetzt darauf hinzuweisen, daß auch das System der indirekten Besteuerung, das in fast allen Kulturländern immer noch weit stärker ausgebildet ist als bei uns, auf die Dauer unmöglich so vollständig in der Verfertigung verschwinden kann, wie das jetzt der Fall ist.

Also die Kreuzzeitung verlangt, daß man auch recht bald das indirekte Steuersystem weiter ausbaue.

Für die eine Milliarde, die hier einmal die Besigenden auf sich nehmen, sollen den breiten Massen viele Milliarden aufgeladen werden. Höchst komisch wird übrigens den Volksmassen, die so schwer unter dem Druck der indirekten Besteuerung leiden, die Behauptung der Kreuzzeitung in die Ohren klingen, daß bei uns das System der indirekten Besteuerung in der Verfertigung verschwunden sei. Davon merken die Massen leider nichts.

Die Volkliche Zeitung ist der Meinung, daß ein Teil der Besigenden, wenn man ihrem Geldbeutel zu sehr zu nahe tritt, ihren Patriotismus dadurch beweisen werden, daß sie den deutschen Staub von ihren Füßen schütteln und in ein anderes Land ziehen, wo man nicht so hohe Anforderungen an ihre Opferwilligkeit stellt. Das Blatt fährt unter anderem aus:

Es gibt recht viele wohlhabende und reiche Leute, die ihren Lebenshalt und Wohlstand frei bestimmen können. Nicht bloß Rentner, sondern auch Geschäftsmänner, namentlich ältere, großer Unternehmungen, ziehen sie sich im Deutschen Reich überbietet, so liegt ihnen der Gedanke nahe, ihr Geld außerhalb des Deutschen Reiches aufzuschlagen, wo sie gern aufgenommen werden und vielfach, beispielsweise in einzelnen Kantonen der Schweiz, auf lange Jahre Steuerfreiheit genießen. Es ist selbstverständlich, daß die Besiggebung eine solche Abwanderung nicht zu fördern hat, zumal da mit der Vermögensabgabe auch die Einkommensteuer und mancher sonstige wirtschaftliche Vorteil dem Heimatland verloren ginge. Wenn man kleiner mit Steuern vergleicht darf, steht man die Wirkung eines Steuerunterschiedes schon an dem Bezug Steuerfrüherer Wägen von Berlin nach Grimma. Die Verhältnisse bei der Vermögensabgabe liegen mannigfaltig anders, aber nicht durchweg besser. Die Abwanderung einer namhaften Zahl Steuerzahler ins Ausland, wenn die Vermögensabgabe nicht in möglichen Grenzen bleibt, ist alles eher als ausgeschlossen.

Die Volkliche Zeitung muß ja wohl die patriotische Opferwilligkeit ihrer Leute kennen.

Die zentrale Röntische Volkszeitung glaubt mitteilen zu können, daß auch im Reichstage die einmalige Vermögensabgabe eine wohlwollende Aufnahme finde. Dann gibt sie der Auffassung Ausdruck, daß man doch, jetzt endlich von dem Alp der drohenden Erbschaftsteuer befreit sei, und behauptet, daß als Ergänzungsteuer für die fortlaufenden Ausgaben eine Dividendensteuer ins Auge gefaßt sei. Ueber die Höhe der dauernden Ausgaben macht die Röntische Volkszeitung folgende Angaben:

Ueber den Umfang der Deeresvorlage steht so viel fest, daß die einmaligen Ausgaben eine Milliarde die fortlaufenden Ausgaben mitläuft den Juten noch mehr als eine Milliarde betragen, die nach Ansicht des Reichskassendirektors auf fünf Jahre, nach dem Wunsch des Kriegsministeriums auf drei Jahre verteilt werden sollen; doch ist über die Frage, ob Triennium oder Quinquennat, noch keine Entscheidung getroffen worden.

Also eventuell in drei Jahren 1000 Millionen Mark laufende Ausgaben. Das würde bedeuten, daß jedes Jahr etwa 333 1/3 Millionen Mark zu zahlen wären.

Die Germania behauptet, die Anregung zu dem Vorschlag, eine einmalige Vermögensabgabe zu erheben, sei von Wilhelm II. ausgegangen. Ueber die Pläne zur Deckung der laufenden Ausgaben will die Germania folgendes erfahren haben:

Bezüglich der Deckung der dauernden Ausgaben steht fest, daß außer der Vermögensabgabe noch weitere Deckungsvorlagen zu erwarten sind. Man rechnet für die Vermögensabgabe eine Steuer mit einem Ertrag von etwa 70 Millionen; bei der gleichfalls im Bereich der Möglichkeit liegenden Erbschaftsteuer vorlage rechnet man mit etwa 20 Millionen, doch dürfte dieser Betrag zu hoch gesteuert sein; vielleicht wird diese Steuer nur 40 bis 45 Millionen bringen. Außer einer dieser beiden Steuern sind noch weitere Vorlagen zu erwarten. Die Ermäßigung der Zuckerversteuer soll weiter hinausgeschoben werden, woraus man einen Gewinn von 40 Millionen erwartet. Außerdem soll, wie wir hören, der Grundwertsteuern mit 12 Millionen Mark zunächst beibehalten werden. Diese Einnahmen würden günstigenfalls 130 Millionen, ungünstigenfalls 100 Millionen bringen, so daß also immerhin ein Betrag von rund 80 Millionen zu decken bliebe. Die Schweren-Erdwägen Vorschläge dürfen nicht mehr in Frage kommen; dagegen trägt sich, wie wir erfahren, die Reichsregierung mit dem Gedanken, neben den geplanten Steuern mehrere Monopole einzuführen.

Also selbst, wenn die Erbschaftsteuer und die Vermögensabgabe zu den erwarteten Einnahmen noch etwa 80 Millionen fehlen, ohne daß man bisher weiß, woher man das Geld nehmen soll. Das Ende vom Lied wird sein, daß man durch neue indirekte Steuern die Lasten, die auf den Schultern der Massen liegen, um ein Beträchtliches erhöhen wird.

Die englischen Arbeiter über das deutsch-französische Manifest.

Dresden, 4. März. Unser englisches Bruderblatt Daily Citizen veröffentlicht heute das Manifest der deutschen und französischen Sozialdemokratie. Das Organ der englischen Arbeiterbewegung ist selbst, daß das Manifest einen radikalen Umschwung in den Beziehungen der Nationen einleitet. Die neue Stellungnahme der Nationen gegenüber sei ein großes Hindernis im Wege jener, die die Fäden der Regierung in Händen hätten, wie auch diese, die im